

Dialogkonferenz am 25.11.2015 in Dresden zur Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Grußwort: Herbert Wolff, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft

Sehr geehrter Kollege Kloos, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Frau Jähnigen, liebe Frau Thilo, meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch im Namen der Sächsischen Staatsregierung möchte ich Sie herzlich in der sächsischen Landeshauptstadt und in dieser ehrwürdigen Dreikönigskirche willkommen heißen. Frau Jähnigen hat es bereits angedeutet, dass wir uns in einem doch traditionsreichen Gebäude und vor allen Dingen einem traditionsreichen Saal befinden. Hier im Haus der Kirche, und zwar genau in diesem Saal, fand am 27. Oktober 1990, nur wenige Wochen nach der Wiedervereinigung, die erste und konstituierende Sitzung des Sächsischen Landtages statt. Bis zur Fertigstellung des jetzigen Landtagsgebäudes im Oktober 1993 trafen sich die sächsischen Abgeordneten hier zu ihren monatlichen Sitzungen. Hier wurden grundlegende Gesetzesvorhaben für den Freistaat Sachsen verabschiedet, beispielsweise die sächsische Verfassung, die sächsische Haushaltsordnung, das Schul- und das Hochschulgesetz sowie Gesetze zur inneren Sicherheit.

Die Fundamente, die damals in diesem Haus gelegt wurden, haben bis heute Bestand und beeinflussen die Entwicklung Sachsens weiterhin nachhaltig. In den gesetzlichen Grundlagen gab es seitdem lediglich dort Anpassungen, wo es punktuell notwendig und aus aktuellen Gründen erforderlich war. Die Verankerung der Schuldenbremse in der sächsischen Verfassung war beispielsweise eine überaus bedeutende punktuelle Nachsteuerung. Es war das einzige Mal, dass die sächsische Verfassung geändert wurde. Dies geschah ganz im Sinne einer generationsgerechten, nachhaltigen Entwicklung. Sachsen war damit bundesweit das erste Land, das eine Schuldenbremse realisieren konnte, eine Nettoneuverschuldung findet bei uns bereits seit 2006 nicht mehr statt.

Eine solche Nachsteuerung in der gesetzlichen Grundlage des Freistaates erfolgte seit 1990 stets ohne vom eingeschlagenen Kurs abzuweichen. Die damals gelegten Weichenstellungen waren richtig. Ich will das an einigen Politikfeldern aus dem Umweltbereich nur kurz darstellen; ich nenne das Beispiel Abwasser. Die Anzahl der Einwohner, deren Abwasser nach dem gesetzlichen Standard gereinigt wird, hat sich von 56 Prozent im Jahr 1990 auf 94 Prozent Anfang 2015 erhöht. Mittlerweile sind in Sachsen fast alle Einwohner an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen. Wir haben einen Anschlussgrad von 99,2 Prozent. Bei den Waldschäden können wir feststellen, dass wir im Jahre 1991 noch 27 Prozent Anteil der deutlich geschädigten Bäume zu verzeichnen hatten, 2014 waren es 15 Prozent. Der CO₂-Ausstoß wurde von 108 Mio. Tonnen im Jahr 1990 auf derzeit 48 Mio. Tonnen mehr als halbiert. Der Ausstoß von Schwefeldioxid konnte sogar um 94 Prozent gesenkt werden. Dies sind nur einige Beispiele dafür, was in den letzten 25 Jahren auf diesem Gebiet erreicht werden konnte.

Lassen Sie mich noch eins sagen, dieser Saal ist geprägt von dem Wandgemälde, was sie

eigentlich hinter mir hätten sehen sollen, aber nur zum Teil erkennen können. Dieses Wandbild wird geprägt von Christus am Kreuz in der Mitte und hat den Saal und die Diskussionen, die hier im Plenum unter den Abgeordneten stattgefunden haben, offensichtlich sehr beeinflusst. Denn wir hatten damals eine Debattenkultur, die sich deutlich unterscheidet von dem, was wir heute an Debatten im Deutschen Bundestag oder auch in anderen Landtagen erleben. Denn diese Debattenkultur war geprägt von einerseits intensivem Zuhören, andererseits aber auch davon in einem Konsens möglichst breite, von den allen Fraktionen getragene Entscheidungen zu treffen. Das hat sich verändert, seitdem die Abgeordneten dann in den neuen Plenarsaal, in das neue Gebäude gezogen sind. Insoweit hat auch hier ein Prozess stattgefunden, wie wir ihn in anderen Bundesländern und auch im Bundestag zu verzeichnen hatten. Die Konturen zwischen Regierung und Opposition sind schärfer geworden, die Debatten natürlich auch. Was aber nicht immer dazu beiträgt, dass unbedingt die politische Kultur damit besser geworden ist oder dass die Entscheidungen, die dort getroffen wurden, deutlich besser geworden sind.

Auf jeden Fall, ich kann mich erinnern, dass diese Anfangszeit eine sehr glückliche Zeit war für den Freistaat Sachsen, weil es gelungen ist, aus dem nichts heraus einen Freistaat neu zu gründen und wir hatten keine Blaupause, wir wussten nicht, wie gründet man einen Freistaat oder ein Bundesland, Vergleiche gab es nicht. Und der damalige Finanzminister hatte, nachdem der Rechnungshof Kritik geübt hatte, an einigen Entscheidungen, die die Staatsregierung getroffen hatte, dann einfach seinen Stift genommen und an die Bemerkung des Rechnungshofes dran geschrieben: „Wird bei der nächsten Wiedervereinigung beachtet“. Ich glaube, das macht deutlich, vor welchem Problem wir damals standen und wie wir versucht haben, diese Probleme zu lösen.

Sachsen ist ein Land mit Tradition. Der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz hat Anfang des 18. Jahrhunderts gefordert, ein auf die Zukunft gerichtetes und verantwortungsbewusstes Handeln muss geschaffen werden und das muss auch heute noch unser oberstes Prinzip sein. Carlowitz und seine forstwissenschaftlichen Abhandlungen gelten heute international als frühe Wegweiser einer nachhaltigen Entwicklung. Carlowitz forderte als Erster, dass die Holzentnahme aus dem sächsischen Wald die Regenerationsfähigkeit dieser wichtigen natürlichen Ressource nicht übersteigen sollte. Damals geschah diese Überlegung aus ganz pragmatischen Gründen, denn dem Erzbergbau in Sachsen fehlte zu dieser Zeit Holz als Energielieferant und Baustoff. Nachhaltigkeitsprinzipien zu den uns Carlowitz auch heute immer noch inspiriert und zu denen uns die Sächsische Verfassung in mehreren Artikeln verpflichtet, sind heute so wichtig wie noch nie.

Diese Prinzipien gelten für alle Politikfelder sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik. Auf dem UN-Gipfel im September wurde die 2030 Agenda feierlich von 193 Staaten verabschiedet. Diese neue Weltagenda bietet erstmals einen weltweit gültigen Plan mit konkreten globalen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung, welcher soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte ausgeglichen adressiert. In weiten Teilen der Welt hat man erkannt, dass die Schonung von Umwelt und Ressourcen unverzichtbar ist. Hunger und Armut sollen bis zum Jahr 2030 verschwinden. Außerdem nimmt die 2030 Agenda Industriestaaten stärker in die Pflicht, als es die Millenniumsziele bisher getan haben. Deren Zielhorizont wurde in diesem Jahr erreicht.

Deutschland, die Bundesländer und die Kommunen werden mit eigenen Strategien und

Ansätzen einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung dieser 2030 Agenda leisten. An den neuen globalen Nachhaltigkeitszielen der vereinten Nationen wird sich auch der Freistaat Sachsen strategisch orientieren. Wir werden unsere Fachpolitiken weiter verfolgen und entwickeln, wesentlicher Kern unserer eigenen aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie sind 8 politische Handlungsfelder, die ich nur kurz benennen möchte:

- Bildung nachhaltig gestalten,
- nachhaltige Finanzpolitik,
- Klima schützen, Energie effizient nutzen, Versorgung sichern,
- natürliche Lebensgrundlagen schonen,
- Städte und ländliche Räume gemeinsam in die Zukunft führen,
- Wirtschaftswachstum und Innovation,
- Fachkräftepotentiale sichern und nutzen,
- Gesundheit und Lebensqualität erhalten.

Alle diese Handlungsfelder sind bewusst nicht nur auf ein Ressort zugeschnitten, sondern ressortübergreifend angelegt. Denn wir definieren Nachhaltigkeit als einen gesamtgesellschaftlichen Prozess, bei dem die Fachpolitiken der unterschiedlichen Ressorts miteinander verknüpft werden sollen.

Meine Damen und Herren, ich bin deshalb sehr dankbar, dass die Bundesregierung heute zu dieser Dialogkonferenz eingeladen hat, weil wir die Möglichkeit haben mit Ihnen in diesem Prozess einzutreten, wie wir unsere eigene Nachhaltigkeitsstrategie im Land ebenso weiterentwickeln können wie auf Bundesebene, aber natürlich auch auf kommunaler Ebene. Ich glaube diese Dialoge sind wichtig, weil sie uns Anregungen geben, wie wir einzelne Politikfelder und Politikziele erreichen können und dabei sollten wir auch nie außer Acht lassen, dass es sich um ein Gesamtgebilde handelt bei unserem Staat. Also es geht nicht darum, einzelne Politikbereiche besonders in den Vordergrund zu schieben, andere zu vernachlässigen, sondern wir müssen immer einen Interessenausgleich herbeiführen.

Insoweit glaube ich, dass diese Dialogkonferenz heute ein guter Ansatz ist, um diesen Dialog gemeinsam zu führen. Ich bedanke mich vor allen Dingen bei all denen, die heute hier angereist sind um sich aktiv zu beteiligen. Ich bitte Sie auch um einen offenen Dialog und ich glaube, dass Sie eine Möglichkeit haben, sich einzubringen in einen Prozess, der uns die nächsten Jahre sehr intensiv beschäftigen wird. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.